



30.09.2026

Postulat

von SP, FDP, GLP, Grüne, AL, Mitte

Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen, wie Angebote zur beruflichen (Re-)Integration für Opfer häuslicher Gewalt sichergestellt und gefördert werden können. Ziel ist es, Betroffenen einen raschen Einstieg in existenzsichernde Erwerbstätigkeit zu ermöglichen. Wo möglich und sinnvoll sollen bestehende Angebote erweitert bzw. ergänzend unterstützt werden. Bei Bedarf soll ein entsprechendes städtisches Pilotprojekt geprüft werden.

Begründung:

Finanzielle Abhängigkeit gehört zu den zentralen Gründen, weshalb Betroffene in Gewaltbeziehungen verbleiben oder nach einer Trennung oder Intervention in diese zurückkehren.

Wer kein eigenes existenzsicherndes Einkommen erzielt, steht nach dem Verlassen einer gewaltbelasteten Beziehung oft vor existenziellen Unsicherheiten, welche eine Trennung zusätzlich zu anderen bekannten Faktoren noch erschweren: Wohnung, Gesundheitskosten, Kinderbetreuung und laufende Lebenshaltungskosten müssen kurz- wie langfristig gesichert werden.

Besonders prekär kann die Situation für Betroffene mit einem von der Partnerschaft oder Ehe abgeleiteten Aufenthaltsstatus sein. Zwar wurde der ausländerrechtliche Schutz von Opfern häuslicher Gewalt seit 2025 verbessert. Dennoch bleibt die Angst vor dem sozialen Abstieg oder den ausländerrechtlichen Konsequenzen und erschwert es manchen Betroffenen erheblich, Schutzangebote in Anspruch zu nehmen bzw. sich dauerhaft aus der Gewaltbeziehung zu lösen.

Vor diesem Hintergrund sollen bestehende Angebote zur Arbeitsintegration gestärkt und weiterentwickelt werden. Denkbar wären explizite Zugänglichkeiten für Gewaltbetroffene, die (noch) nicht sozialhilfeabhängig sind.

Ergänzend sollen aber auch neue Massnahmen geprüft werden, die Betroffenen einen raschen und niederschweligen Zugang zu Erwerbstätigkeit ermöglichen. Denkbar sind insbesondere befristete Beschäftigungsmöglichkeiten, Praktika, Programme zur beruflichen Reintegration oder Kooperation mit städtischen Betrieben, sozialen Institutionen, gemeinnützigen Organisationen und Unternehmen. Dabei soll geprüft werden, ob bestehende Strukturen gezielt für Gewaltbetroffene geöffnet oder ergänzt werden können. Falls sich dabei eine Versorgungslücke zeigt, soll auch ein Pilotprojekt im Sinne eines Stellenpools geprüft werden, das Betroffenen kurzfristig den Einstieg in eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit erleichtert und ihnen eine längerfristige berufliche Perspektive eröffnet.

Ziel wäre es, Betroffenen kurzfristig finanzielle Stabilität, berufliche Perspektiven und effektive Handlungsfreiheit zu ermöglichen. Bei Bedarf soll ein entsprechendes Pilotprojekt ausgearbeitet werden.

352

Handwritten signatures and notes:
- A large signature: *U. S. A. D. H.*
- A signature: *BR*
- A signature: *Amir*
- A signature: *S. Blaser*